

Sindenburg an die Jugend

Opfer bringen!

Kamens einer Reihe akademischer Verbände und Jugendvereinigungen hatte der Reichspräsident der Reichsdeutschen Studenten an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem diese Jugendorganisationen namens der Toten von Langemarck an den Reichspräsidenten die Bitte richteten, dem Youngplan und dem Valenvertrag die Unterschrift zu verweigern. Auf dieses Schreiben hat der Reichspräsident nunmehr die folgende Antwort erteilt:

„Berlin, den 14. März 1930.“

Sehr geehrte Herren!
Von Ihrem, zugleich im Namen anderer studentischer und Jugendverbände an mich gerichteten Schreiben vom 18. Februar dieses Jahres habe ich mit Interesse Kenntnis genommen. Ich habe, daß die inwieweit von der Reichsregierung im Reichstag gegebenen Aufklärungen über den Youngplan und seine einzelnen Bestimmungen bei Ihnen eine solche Würdigung gefunden und manche irrigen Voraussetzungen in Ihrem Schreiben vom 18. Februar d. J. beseitigt haben. Im übrigen verweise ich auf meine öffentliche Kundgebung, in der ich die Gründe für meine Stellungnahme kurz auseinandergesetzt habe.

Ihren aber, die Sie als Vertreter einer Anzahl deutscher Jugendverbände in Ihrem Schreiben auf die Toten von Langemarck berufen, glaube ich in Ergänzung dieser meiner Betrachtung noch besonders sagen zu müssen, daß gerade die Erinnerung an die Opfermarter für das Vaterland gefallenen jungen Freiwilligen der neuen Generation die Pflicht auferlegt, auch selbst Opfer dafür zu bringen, daß deutsches Gebiet frei und daß Deutschland durch pflichterfüllte Arbeit und einigenden Zusammenhalt seiner Bürger wieder hochkommt. Darin sehe ich für meine Person die Wohnung, die die Toten von Langemarck für die deutsche Jugend bedeuten.

Ihnen darf Sie bitten, den anderen Verbänden, die die Eingabe mitunterzeichnet haben, dieses Schreiben zur Kenntnis zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen!

gez. von Hindenburg.“

Die demokratische, die sozialdemokratische und die Zentrumspartei haben sich laut B. T. entschlossen, in den ersten Tagen nächster Woche, wahrscheinlich nach am Montag, ein Jubiläumsgedächtnis im Reichstag einzubringen, das in einem einzelnen Paragraphen bestimmt, daß die Kundgebung des Reichspräsidenten vom 13. März über die Soaager Beschlüsse in allen Gemeinden öffentlich anzuschlagen ist. Die Deutsche Volkspartei wird noch eingeladen werden, sich dieser Initiative anzuschließen.

Nachklänge

Der Aufruf des Reichspräsidenten hat, wie bei der Zweipoligkeit des deutschen Volkes leider nicht anders zu erwarten war, ein verschiedenartiges Echo gefunden. Die häßliche Kritik der völkischen „Deutschen Zeitung“ haben wir bereits zurückgewiesen. Die übrige deutsche nationale Presse lehnt den Aufruf, wenn sie dabei auch vorbehaltlich zu Werke geht, mit scharfen Worten ab. Das tut auch der „Berliner Lokalanzeiger“. Erwartungsgemäß hat Herr J. W. Harnisch in diesem Falle nicht besonders hervortreten wollen. Er bezeichnet den 13. März 1930 als einen „schwarzen Tag für unser Volk“. Wir wollen nicht gerade in den Fehler verfallen, die Youngpläne als erfreulich zu bezeichnen; weil wir uns immer über die Schwere dieses Dokumentes klar gewesen sind — und Dr. Brüning hat im Reichstage durchaus das richtige Wort gesprochen: auch dieses Dokument sei ein Diktat wie alle anderen. Aber es hat sehr viel schwarze Tage in der deutschen Nachkriegsgeschichte gegeben. Einmal war genau vor zehn Jahren: am 13. März

1920. Das war ja wohl der Tag, an dem ein paar abenteurerlichen Katastrophenpolitiker dem deutschen Volke den Rapp-Putsch beibrachten. Der Presseschef des Herrn Rapp war jener J. W. Harnisch, der sich jetzt im „Berliner Lokalanzeiger“ mit dem schwarzen Tag des 13. März 1930 beschäftigt. Es wäre von diesem Herrn Harnisch gewiesen, schämt zu schmelzen, da er an einem der schwarzen Tage aktiv beteiligt war.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (Nr. 123) nimmt ruhig und würdig von der Kundgebung des Reichspräsidenten Kenntnis. Die Folgerungen, die sie politisch zieht, sind auch nach unserer Meinung richtig. Sie sagt:

„Wir wollen in dieser Stunde die sich mit elementarer Gewalt ausdrückenden politischen Gedanken des Zweipols mit Entschlossenheit zurückdrängen und nun an die Arbeit gehen im Sinne der Wahrung des Reichspräsidenten zur Einigkeit. Seinem Manifest entnehmen wir freilich auch das feierliche Versprechen, daß er der Reichsregierung eine Staats- und Finanzreform zur Pflicht gemacht hat, die es erst ermöglichen kann, über die sich ausbreitenden Schwierigkeiten der nächsten Zukunft hinwegzukommen. Wenn diese Arbeit nicht endlich mit allergrößter Beschleunigung und praktischem Erfolg in Angriff genommen wird, wird die Reichsregierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung auch das Vertrauen des Reichspräsidenten endgültig verloren haben.“

„Nun an die Arbeit gehen“, das ist die Forderung der letzten Stunde. Und auch darin unterstreichen wir die „D. A. Z.“, wenn sie sagt: die Staats- und Finanzreform muß mit allergrößter Beschleunigung und praktischem Erfolg in Angriff genommen werden. Alle Schritte des Zentrums haben in dieser Richtung ge-

regnet und werden weiter in dieser Richtung liegen.“ Die Regierung wird sich hoffentlich Har darüber sein, daß sie diese ihre Aufgabe mit aller Energie durchziehen muß, — oder sie würde, wie die „D. A. Z.“ ebenfalls zutreffend sagt, „in ihrer jetzigen Zusammensetzung auch das Vertrauen des Reichspräsidenten endgültig verloren haben.“

„Der Jundeutsche“, das Organ des Jundeutschen Vereins, vertritt gegenüber den schweren Kritiken, die die nationale Rechte gegen den Reichspräsidenten von Sindenburg anlässlich der Unterzeichnung des Youngplans gerichtet hat, einen Aufbruch Mahtraums, in dem es heißt:

„Ein verheerender Katalysator auf Sindenburg ist gegeben. Rechtschende Politiker bemühen die ihnen zur Verfügung stehende Presse, um Sindenburg zu beschützen und das nationale Deutschland gegen ihn aufzutreten. Die Männer um Graf, von Rosenberg und Ritter haben ihm bittere Feindschaft zugesprochen. Eine beispiellose Höhe ist von ihnen erreicht worden. Wenn im Werk steht, der in den trübsten Tagen des deutschen Volkes in die Breite aufsprungen ist. Die deutsche Jugend läßt sich nicht den Mann nehmen, der ihr geistig überlegen als die letzten Geister vergangener Zeit. Die deutsche Jugend markiert mit Sindenburg die Grenze von der Welt zu Sindenburg zu ziehen auch dann, wenn er keine Unterschrift unter den Youngplan setzt, weil wir die Kräfte des neuen Deutschlands kennen. Wir werden dann bezahlen müssen, wenn wir den Weg zur Volkserneuerung nicht finden. Wir werden aber alles um Werten versuchen, wenn wir den Weg zur Einheit der deutschen Völker finden. Der Reichspräsident von Sindenburg! Führer der Revolutionäre während der Revolution! Unterzeichnete Sie, was Ihnen der Schicksal und der Welt mitzuteilen hat. Das nationale Deutschland steht Ihnen zur Verfügung. Das nationale Deutschland wird sich nicht von Ihnen trennen. Es wird Ihnen die Treue halten, weil es weiß, daß es kein Schicksal selbst in den Händen hat. Nicht mit allem Willen Sindenburg! Vordereit der nationalen Volkserneuerung.“

Segen der Caritas=Opferwoche

Die Bischöfe Deutschlands haben uns wieder aufgerufen zu einer Caritasopferwoche. Vom 14. bis 23. März soll sie in unserem Bistum gehalten werden. Nicht entbehren und darben sollen wir da, soweit mutet man uns nicht zu. Nur auf Ueberflüssiges sollen wir verzichten, eine unnötige Anschaffung zurückstellen, einem Vergnügen fernbleiben, um das Ersparte für die Notleidenden zu opfern, deren ganzes Leben eine lange Kette von erzwungenen Verzicht ist.

Die Extragnisse der Opferwoche in den letzten Jahren haben manche Not lindern, manche Träne trocken können. Aber das ist nicht einmal der größte Wert der Caritas-Opferwoche. Es geht nicht nur darum, einige Mark mehr in der Armenkassa zu haben, Notleidende in größerer Zahl speisen und kleiden zu können, sondern eine ungeheure Klüft in der menschlichen Gesellschaft auszufüllen, einen tiefen Haß auszugleichen, geistige und seelische Gefangenenschaft zu lösen.

Man redet und schreibt so viel, wie sich der Unglaube immer breiter macht in unserem Volke. Die Ursache davon wird gesucht in der religiösen Unkenntnis, in der verführerischen Umwelt, in geheimer Unsitlichkeit, in maßlosem, persönlichen Stolz — der anderen. Aber liegt nicht auch ein gerütteltes Maß von Schuld auf unserer Seite? Weil jene Tretenden an uns so wenig Großes sehen, so wenig Gütliches? Der moderne Mensch und insbesondere der proletarische Mensch will von der Religion zur Zeit nur das Eine wissen: Ob Gott wirklich die Liebe ist. Und dabei schaut er auf jene, die sich Gottes Kinder nennen. Entdeckt er an ihnen eine Liebe, die sich auf-

richtig bemüht, die Not und den Haß der Welt zu überwinden, dann beginnt auch der Glaube an Gott in seiner Seele wieder zu keimen. Und so werden auch die Massen erst dann wieder an die Religion der Liebe glauben, wenn sie mehr tätige Liebe sauren. Es braucht Sonne, das gibt nicht nur draußen in der Natur, sondern auch im Inneren der Menschenherzen. Und je eifriger und erhardeter der moderne, verkehrte Mensch ist, um so feuriger und geduldiger muß unsere Liebe sein. Dazu soll uns die Caritas-Opferwoche wieder einmal anregen. Zuhende Menschen haben einst Jesus von Nazareth gefragt, ob er der Messias sei, der da kommen sollte. Und sie erhielten als Beweis die Antwort, daß seine Liebe am Werke sei: Wunde sehen, Lahme gehen, Aussätzige werden rein, Taube hören, Tote stehen auf, und den Armen wird die frohe Botschaft verkündet.

Die Caritas-Opferwoche soll auch uns selber innerlich bereichern. Wir haben uns so viele unnötige Bedürfnisse angewöhnt, ohne es selbst recht zu merken. Diese acht Tage sollen uns Gelegenheit geben, solche Festeln zu brechen, wieder einmal bedürftiglos zu werden, „arm im Geiste“, wie der Heiland in der Bergpredigt sagt. Das ist auch die Voraussetzung, um wirklich gütig zu werden, gütig wie der arme Bruder Franz von Assisi. Und das wird deine Seele leicht und froh machen. Ein Christ kann doch keine rechte Freude haben am eigenen Ueberflusse, auch nicht am Ueberflusse unserer gesamten Kultur, solange so viel Not um ihn ist. Dem wahrhaft religiösen Menschen tut fremde Not weh. Jesus sagt: Was ihr dem geringsten meiner Brüder nicht getan habt, das habt ihr mir nicht getan. In den hungernden

Leo Weismantel und die Kinderfreundebewegung

Von der Kath. Reichsarbeitsgemeinschaft „Kinderwohl“ wird uns geschrieben: Eine tendenziöse Berichterstattung der gemäßigten Presse sucht Verharmlosungen Leo Weismantels über die sozialistische Kinderfreundebewegung und die Kinderrepubliken gegen den Katholizismus und die katholische Kinderarbeit ins Feld zu führen, in der deutlichen Absicht, Verwirrung zu stiften. Dr. Leo Weismantel übergibt uns dazu nachfolgende Erklärung, die Weismantels Stellung zur Kinderfreundebewegung eindeutig klarstellt und andererseits die große Zeitbedeutung einer positiven, pädagogisch lebendigen katholischen Kinderarbeit im Dienste der Industriearbeitsjugend klar unterstreicht:

Am 16. Februar 1930 hielt ich in der Berliner Katholischen Volkshochschule einen Vortrag über das Thema: „Der Protestant, sein Kind und dessen Schule“. Den gleichen Vortrag hielt ich bereits einmal ein Jahr vorher in München in Anwesenheit führender Katholiken und Sozialisten. Während aber vor einem Jahr meine Ausführungen in München von beiden Seiten durchaus so aufgefaßt und verstanden wurden, wie sie gemeint waren, zeigt sich, daß die gleichen Ausführungen in der Berliner Volkshochschule auch dort von den Katholiken verstanden, nachher in der außerkatholischen Presse z. T. verzerrt wurden, um sie gegen die katholische Bewegung und gegen die Zentrumstreue, die im vorigen Jahr gegen die Kinderrepublik Stellung genommen haben, auszunutzen. Dazu möchte ich hier bemerken.

Als gläubiger Katholik bin ich Gegner des materialistischen Materialismus, wie ihn der Sozialismus verkörpert. Ich sehe in dem Erziehungsideal dieser Kreise, die Kinder ohne Gott und Religion für den Sozialismus zu erziehen, einen verhängnisvollen Verirrung, aus dem namenlosen Unglück kommen kann. Die dogmatischen Gegensätze, die zwischen der Kinderfreundebewegung und dem Katholizismus bestehen, erkenne ich ritlos und klar. Ich habe auch in beiden Vorträgen, in München wie in Berlin, ausdrücklich auf diese Gegensätze hingewiesen. Es gilt sie

nicht zu verkleinern, sondern sie richtig zu sehen. Die Sorge, die hier die Kirche erfüllt, muß auch ich teilen. Es ist in der Kinderfreundebewegung unendlich vieles, was mich bis ins tiefste beunruhigt, ja erschüttert und entsetzt. Das hindert mich nicht zu erkennen, daß starke positive Kräfte hier innerhalb des Sozialismus lebendig werden: Die Hingabe an die Kräfte des Kindes, die Verbundenheit des Arbeitervolkes in seinen Kindern, die ungeheure Willenskraft und Klarheit, mit der hier Ideen verwirklicht werden. Es scheint mir notwendig, daß wir Katholiken dies positive einer großen Bewegung leben, erkennen und anerkennen und nicht verfeuern. Aber bei all dieser Anerkennung darf andererseits nicht übersehen werden, daß auch ich als Katholik mit dem Ziel und mit vielen Methoden der sozialistischen Kinderfreundebewegung durchaus in Widerspruch stehe und daß ich die Lösung der hier vorliegenden Fragen mir nur aus einer christlich-gläubigen Einstellung heraus, wie sie die katholische „Kinderwohl“-Arbeit erstrebt, erwarten kann. So Großes und Geniales ich im Sozialismus und in seiner großzügigen Arbeit für die Jugend sehe, so sehr behauere ich, daß dieser Kräfteeinfluß nicht zur Gläubigkeit und Religiosität führt, sondern nach dogmatischen Neuperfahrungen führender Persönlichkeiten der Kinderfreundebewegung Ungläubigkeit und Unfruchtbarkeit zur Voraussetzung haben will. Ich sehe gerade die seelische Aufgabe des Sozialismus darin, in diesem Punkte sich selbst zu überwinden, wie ich die Aufgabe der katholischen Kirche darin sehe, ihren religiös-orientierten Kinderarbeit heraus dem deutschen Volke das zu bringen, was es heute notwendig braucht, die Lösung des Problems: Protestant, Kind und Schule. So waren meine Vorträge, sowohl in München wie in Berlin, Aufrufe nach beiden Lagern, daß jedes der beiden Lager seine Aufgaben sehen und erfüllen möge.

Dieser überaus entschiedenen und gleichzeitig wegwiesenden „Erklärung“ brauchen wir kein Wort hinzuzufügen.

Große Taktlosigkeit

Die Forschungstätigkeit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mit ihren 32 Instituten wird in der deutschen Wirtschaft als eine der höchsten Stützen der Weiterentwicklung und des Wiederaufbaues empfunden. Daß die deutsche Wirt-

schaft in dem schwersten wirtschaftlichen Konjunktursumpf nur von großzügig ausgebauten wissenschaftlichen Grundforschungen, Instituten, Laboratorien getragen werden kann, ist eine heute in Deutschland weithin empfundene Ueberzeugung, der auch neuerlich Professor De launier beim Etat des Reichswirtschaftsministeriums überzeugenden Ausdruck gegeben hat, mit besonderer Bezugnahme auf die monumentale Leistung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. In ihrem Präsidenten v. Harnack besteht sie einen Wissenschaftsorganisator von internationalem Welt Ruf, der sowohl der deutschen Öffentlichkeit gegenüber, wie auch gegenüber dem Auslande die beste Linie eines starken und fruchtbar wirkenden Forschungswillens verkörpert.

Angesichts der außerordentlich wertvollen und unentbehrlichen Stellung dieser Wissenschaftsgesellschaft wirkt es unendlich peinlich, daß von Seiten eines Philologen im preussischen Landtag eine Anfrage eingebracht werden konnte, die sich zum Spracherwerb von Jantzen macht, die sich gegen die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft richten. Es muß erwartet werden, daß die preussische Hochschulerwaltung in der gleichen Weise für die Wahrung berechtigter Wissenschaftsinteressen eintreten wird, wie es der Reichsminister des Innern beim Nachtragshaushalt in diesen Tagen getan hat. Bei der Behandlung dieses Etats machte der Berichterstatter, Abgeordneter Dr. Schreiber, darauf aufmerksam, daß gewiß die Hochschulerwaltungsordnung verlange, daß die vom Reich ausgeschütteten Mittel auch nach der Seite der Ausgaben nach wie vor in die Kontrolle des Reiches rücken, daß aber gleichzeitig der Charakter der Selbstverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Umstand berücksichtigt werden müsse, daß ein anschließender Teil der Institute mehr oder minder von der Wirtschaft unterhalten wird, hauptsächlich deren Verwendung die Gesellschaft völlig frei ist, und daß der Versuch, auch in diese Dinge einzudringen, eine Störung des glücklichen Einvernehmens bedeute, welches gerade hier zwischen Staat, Wirtschaft und Wissenschaft besteht. Im übrigen sei es unerträglich, daß man gegen den Präsidenten von Harnack vorstoße, der eine auslandspolitische Funktion von unerlässlicher Bedeutung ausübe. Umso mehr als der eigentliche Verwaltungsrat der Gesellschaft auch die Geschäftsfunktionen der Hochschulerwaltung innehatte, was